

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10 vom 15. November 2018, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Andreas Kübli Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Samuel Bühlmann, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz (bis 18.50 Uhr), Alain Kleiner, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham (bis 18.15 Uhr), Alice Kropf, Serge Lanz, Manfred Locher, Eveline Salzmännli (ab 17.45 Uhr), Daniel Schenk, Reto Schertenleib (bis 19.20 Uhr), Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Martin von Allmen, Daniela Weber, Till Weber, Andreas Zwahlen
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Barbara Klossner, Simon Werren, Patrick Graber, Valentin Borter
Schluss der Sitzung	20:20 Uhr

Der **Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er gedenkt dem kürzlich verstorbenen Friedrich „Fritz“ Reimann, ehemaliger Stadtratspräsident und sehr engagierter Thuner.

101. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 25. Oktober 2018

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

102. Budget 2019

Genehmigung

Der **Stadtpräsident** weist darauf hin, dass das Budget 2019 aufgrund der konstanten Finanzpolitik keine grossen Überraschungen enthält und verschiedene Fragen bereits in den vorberatenden Kommissionen beantwortet werden konnten. Die Stadt hat die beeinflussbaren Ausgaben im Griff. Der hohe Unterhalts- und Investitionsbedarf kann dank der guten finanziellen Situation gestemmt werden. Er ersucht den Rat um Zustimmung zum Budget.

Serge Lanz, **Präsident BRK**, bestätigt, dass das Budget 2019 mit hohen Bauausgaben, einer ansteigenden Verschuldung und einem dennoch ausgeglichenen Finanzhaushalt die gleichen Werte und Themen wie jedes Jahr aufweist. Die BRK-Mitglieder haben Befragungen innerhalb der SAKOs, des Gemeinderats, des Finanzinspektorats und der Finanzverwaltung durchgeführt und ausführlich dokumentiert. Der bauliche Unterhalt für das Jahr 2019 liegt mit 26.5 Mio. Franken deutlich über dem bisherigen Jahresdurchschnitt. Obwohl die Abschreibungen im Ausmass von knapp 12 Mio. Franken über die Spezialfinanzierung abgewickelt werden können, statt direkt in die Erfolgsrechnung gebucht zu werden, liegt der bauliche Unterhalt 10 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Dies hat einen direkten Einfluss auf die Selbstfinanzierung, die mit knapp 4 Mio. Franken ins Negative sinkt. Die Selbstfinanzierung betrifft die Mittel, die zur Finanzierung der Investitionsausgaben oder – was man in Zukunft in Betracht ziehen sollte – für die Rückzahlung von Schulden zur Verfügung stehen. Die Stadt erwartet keine weiteren Mittelzuflüsse oder Buchgewinne aus Grundstückverkäufen fürs 2019 und hat demnach eine höhere Verschuldung im Ausmass von rund 45 Mio. Franken. Nebst dem baulichen Unterhalt sind auch die Investitionen im 2019 um fast 30 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Somit ist nicht nur die Selbstfinanzierung negativ, sondern auch der Selbstfinanzierungsgrad. Dies könnte fast dramatisch erscheinen, doch es wurde bereits in vergangenen Sitzungen festgestellt, dass der Gemeinderat diesbezüglich eine Drei- resp. Fünfjahresbetrachtung in Erwägung zieht. Hätte man den baulichen Unterhalt und die Nettoinvestitionen als Basis für das Budget genommen, hätte die Selbstfinanzierung bei einer Dreijahresbetrachtung 6 Mio. Franken betragen, bei einer Fünfjahresfinanzierung fast 8 Mio. Franken. Der entsprechende Selbstfinanzierungsgrad wäre dann mit 55 bzw. knapp 80 Prozent deutlich besser. Dies zeigt auf, dass sich überdurchschnittliche Bauausgaben in den Ergebnissen des laufenden Jahres auswirken, während für die Steuerung ein längerfristiger Betrachtungszeitraum positiv ist. Zum Aufgaben- und Finanzplan betont Stadtrat Lanz, dass die Stadt weiterhin sehr viel investieren muss und der bauliche Unterhalt auch sehr hoch bleiben wird. In den nächsten vier Jahren stehen Investitionen von über 120 Mio. und baulicher Unterhalt von über 90 Mio. Franken an. Die anstehenden Investitionen pro Direktion werden in den Unterlagen erläutert. Zugunsten einer hohen Planungsgenauigkeit hat der Gemeinderat auch Projekte in die Planung aufgenommen, die noch nicht definitiv sind. Auch die gebührengelassenen Investitionen belaufen sich auf hohe Beträge, u.a. 18 Mio. Franken für Abwasseranlagen und 13 Mio. Franken für die Feuerwehr. Die Konsequenz ist ein Anstieg der Verschuldung, die aktuell über 90 Mio. Franken liegt und in den nächsten drei bis vier Jahren voraussichtlich nochmals um diesen Betrag steigen wird. Zwischen 2006 und 2017 gelang es der Stadt, die Schulden von 207 auf 100 Mio. Franken zu reduzieren. Auch hier ist eine Betrachtung des sogenannten Bruttoschuldenanteils wichtig. Der Anteil der Bruttoschulden am Finanzertrag erreichte 2017 gemäss Gemeindegrossen mit 56 Prozent einen sehr guten Wert. Es stehen also Investitionen an, welche die Stadt zwar nicht selbst tragen, aber stemmen kann, und somit erzielt sie einen ausgeglichenen Haushalt. Die Verschuldung wird ansteigen und die Selbstfinanzierung muss im Fokus

bleiben. Der Gemeinderat sorgt seit Jahren auf kantonaler Ebene in Sachen Lastenausgleich für eine gute Position der Stadt Thun und hat dies auch im Budget realisiert. Er führt die Verwaltung mit restriktiven Budgetvorgaben und mahnt zu realistischer Planung des Sachaufwands. Dank dem neuen Planungsprozess und einer neuen Software können Simulationen über zu erwartende Ausgaben gemacht werden. An den Stadtrat gerichtet betont Stadtrat Lanz, dass zusätzliche Vorhaben in den nächsten Jahren nicht tragbar sind, ohne dass etwas anderes verschoben oder nach hinten priorisiert wird. Er dankt dem Gemeinderat, der Finanzinspektorin Therese Sohm und dem Finanzverwalter Stefan Christen und ihren Teams für ihre Arbeit sowie der BRK, die nebst der regulären Arbeiten das Reglement für die Spezialfinanzierungen und Investitionen überarbeitet hat, welches in der nächsten Sitzung dem Stadtrat vorgelegt wird. Die BRK stellt keine Anträge zum Budget und plädiert zusammen mit sämtlichen SAKOs einstimmig für die Zustimmung zum Budget und für die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass das Budget für Investitionen und baulichen Unterhalt einen Rekordbetrag von 72.8 Mio. Franken vorsieht. Gleichzeitig sind die Schulden so tief wie schon lange nicht mehr. Die Folgen und Risiken dieser Investitionsspitze lassen sich angesichts der städtischen Bilanz vertreten, dies darf aber nicht zum Normalfall werden. Der Selbstfinanzierungsgrad ist im Budget 2019 zu tief; das ist nur akzeptabel, wenn die Werte über zehn Jahre bei 80 Prozent zu liegen kommen. In der Antwort auf die Interpellation der Fraktion der Mitte zu den Thuner Finanzen im Jahr 2016 schrieb der Gemeinderat, dass ein Verzicht auf notwendige Investitionen weniger Chancen für die Zukunft schaffe und Lasten auf künftige Generationen verlagere. Die vorgesehenen Investitionen sind aus Sicht der Fraktion der Mitte in dem Sinne notwendig und richtig. Der Selbstfinanzierungsgrad muss auf lange Frist im Auge behalten werden. Die Veränderungen im Personalaufwand sind nicht ganz nachvollziehbar, da der Personalbestand höher ist, obwohl Aufgaben dem Kanton übergeben wurden. Bezüglich Steuern ist ein Ansatz vorhanden, dass mehr Unternehmen Steuern bezahlen. Mit dem vorliegenden Budget hält der Gemeinderat seine gesetzten finanzpolitischen Ziele bis auf den Selbstfinanzierungsgrad ein. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Budget grundsätzlich zu.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die gute Arbeit. Die FDP-Fraktion findet das ausgeglichene Budget 2019 positiv, fragt sich aber, wie die allenfalls anstehenden grösseren Investitionen ein Nullsummenspiel erlauben. Es interessiert ihn, mit welchen Entwicklungen der Gemeinderat in den nächsten fünf Jahren rechnet und wie er die Finanzsituation gestalten will. Er äussert Erstaunen über die fast 400 neu geschaffenen Stellenprozent, v.a. im Bereich Migration. Er betont, dass Effizienz nicht nur über Personalzuwachs zu erreichen ist. Auch die Kriterien, nach denen der Gemeinderat befristete in unbefristete Stellen umwandelt, interessiert die FDP-Fraktion. Sind stimmt dem Budget einstimmig zu.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, gibt die Kenntnisnahme der ausgeglichenen finanziellen Planung und die einstimmige Annahme des Budgets durch seine Fraktion bekannt und dankt allen Beteiligten. Als kritisch betrachten sie, dass trotz ausgeglichenen Rechnungsabschlüssen in den vergangenen Jahren die Verschuldung der Stadt bis 2022 auf rund 200 Mio. Franken ansteigt. Problematisch ist auch die Selbstfinanzierung: Die selbst erarbeiteten Mittel reichen zur Finanzierung der Investitionen und des baulichen Unterhalts nicht aus. Die einzige wirksame Massnahme ist eine Reduktion der Ausgaben oder eine Erhöhung der Einnahmen. Er bittet alle Stadträte im Kopf zu behalten, dass neue Ausgaben nur mit Priorisierung durchgeführt oder – bei ungenügenden Mitteln – gestrichen werden sollten. Die neuen Stellen per 1. Januar 2019 verursachen im Jahr 2019 einen Zusatzaufwand von 0.6 Mio. Franken. Die SVP-Fraktion erwartet diesbezüglich ein Konzept. Sie hat mit diversen Vorstössen darauf hingewiesen, dass eine Stellenerhöhung ihrerseits nicht erwünscht ist. Weiter fehlen konkrete Massnahmen zur Finanzstrategie des Gemeinderats. Insbesondere weist Stadtrat Schlatter darauf hin, dass alle Entwicklungs- und Legislaturziele bzw. deren Umsetzung immer unter dem Vorbehalt der finanziellen Tragbarkeit stehen sollten. Es fehlt immer noch ein konkretes "Wie" der Umsetzung. Er freut sich, wenn der Gemeinderat im Setup der neuen Legislaturziele die konkrete Umsetzung von Anfang an mit einbezieht. Insbesondere die Fragen, wie die Steuerkraft gestärkt werden soll, wie juristische Personen gewonnen werden und wie der Gemeinderat konkret neue Geschäfte gegen bestehende Vorhaben priorisiert, interessiert die SVP-Fraktion.

Samuel Bühlmann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für das ausgeglichene Budget. Die Fraktion stimmt diesem zu. Das finanzpolitische Ziel der SP sieht vor, dass die Steuern in Thun weder gesenkt noch erhöht werden, denn Stabilität ist ein wichtiger Standortfaktor. Dem widerspricht die bevorstehende Steuergesetzrevision. Aus Gemeindesicht ist diese schlecht verdaulich und Thun verliert über 2 Mio. Franken pro Jahr. Die Steuern der juristischen Personen haben im Vergleich zur Jahresrechnung 2017 um fast ein Viertel abgenommen. Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Steuergesetzrevision ab. In Sachen Löhne der städtischen Angestellten weist Stadtrat Bühlmann darauf hin, dass für die Teuerungszulage lediglich 0.5 Prozent budgetiert sind, während das Bundesamt für Statistik 1.2 Prozent vorsieht. Den städtischen Angestellten droht ein Reallohnverlust und die SP-Fraktion möchte wissen, ob der Gemeinderat diesbezüglich die Meinung von Personalverbänden eingeholt hat. Gut finden sie die hohen Investitionen und vor allem den hohen baulichen Unterhalt, der dazu beiträgt, dass Thun moderner und attraktiver wird, Schulkinder bessere Infrastruktur zur Verfügung haben und die städtischen Gebäude energetisch saniert werden können, was wichtig ist im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Die Schulden dürfen weiterhin wachsen, wenn dafür etwas Schönes, Attraktives entsteht.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stimmt dem Budget zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Er betont, dass eine schwarze Null im Budget oder in der Rechnung tausend Schattierungen hat und mitnichten immer gleich ist. Er begrüsst die farbigere und bürgerfreundlichere Gestaltung des Budgets. Die diesjährige Null hat vor allem mit den Spezialfinanzierungen zu tun. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Schulden trotz der schwarzen Null ansteigen. Es gibt eine Gleichung, die man über die nächsten Jahre hinweg machen kann: Mehr Steuerertrag und mehr Beiträge aus dem Finanzausgleich auf der einen Seite, mehr Lastenausgleich und Aufwand auf der anderen Seite. Die explodierenden Bauausgaben in den nächsten vier Jahren belaufen sich gegen 250 Mio. Franken. Dies kann als Konjunkturprogramm für die Region Thun bezeichnet werden – von den Ausgaben fliesst nämlich ein grosser Betrag zu den KMUs. Die Grünen würden sich freuen, wenn von diesen Millionen der eine oder andere Franken dem Langsamverkehr zugutekäme.

Daniela Huber Notter (BDP) dankt dem Finanzverwalter, seinem Team und allen Beteiligten für ihre bemerkenswerte und sehr detaillierte Arbeit. Mit den budgetierten Nettoinvestitionen von 41 Mio. Franken ist der Stadtrat gefordert, Ausgabendisziplin an den Tag zu legen. Mit den steuerlichen Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2018 ist der Handlungsspielraum von 60 Mio. Franken ein enges Korsett. Sie betont, dass die Schulden von 2006 bis Ende 2017 von 207 Mio. auf 100 Mio. Franken gesenkt wurden. Im Quervergleich mit anderen bernischen Städten weist Thun somit per Ende 2017 einen unterdurchschnittlichen Bruttoverschuldungsanteil aus. Die BDP folgt dem Antrag des Gemeinderats in allen Punkten.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die gute Aufnahme. Zum planerischen Anstieg der Schulden betont er, dass der Gemeinderat beim Realisierungsgrad mit dem neuen Vorgehen genauer werden will. Das dürfte dazu führen, dass das hier Ausgewiesene die obere Grenze der denkbaren Verschuldungszunahme darstellt. So erfolgte auch die bisherige Verschuldungszunahme nicht im einst prognostizierten Ausmass. Es gibt keinen Anlass zur Sorge: Die Stadt Thun ist im Vergleich zu anderen Gemeinden unterdurchschnittlich verschuldet und verfügt über ein Nettovermögen. Zu den geschaffenen Stellen ist wichtig zu wissen, dass Stellenbegehren nur im Budgetprozess erfolgen können und die Verwaltung grundsätzlich zurückhaltend ist. Wie Stadtrat Hiltbold erwähnt hat, ist ein Unterhalts- und Investitionsvolumen in diesem Ausmass noch nie dagewesen. Die Verwaltung versucht, diese Arbeitslast mit den bereits angestellten Leuten zu bewältigen. Eine der neuen Stelle wurde im Tiefbauamt geschaffen, wo ein Engpass besteht. Zu den Stellen im Migrationsdienst wurde im Gemeinderat intensiv diskutiert und es ist zu betonen, dass auch nach der Erhöhung des Personals noch immer eine höhere Belastung pro Mitarbeiter als in anderen Städten vorliegt. Eine der wichtigen Überlegungen war, die Klienten enger zu begleiten. Bei der Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen erfolgt immer eine Einzelfallprüfung. Im Rechtsdienst wurde eine befristete in eine unbefristete Stelle umgewandelt, weil aufgrund der hohen Arbeitslast ein anderes Vorgehen nicht vertretbar gewesen wäre. Dies hat auch positive Auswirkungen, so hat die Stadt Thun gute Erfolge bei der Rückforderung von ungerechtfertigt bezogener Sozialhilfe. Auf die Frage von Stadtrat van Wijk betreffend die Steuerkraft berichtet der Stadtpräsident, dass das Stadtentwicklungskonzept in die Mitwirkung gegeben wurde, welches ein Szenario mit einer Erhöhung des Potentials für Arbeitsplätze um 3'500 vorsieht, einerseits durch Siedlungsentwicklung nach innen, andererseits durch Neueinzonungen, u.a. von Arbeitszonen wie

Weststrasse-Süd und ESP Thun-Nord. Dort verspricht sich der Gemeinderat Chancen. Er kann jedoch nur Potential schaffen, welches die Wirtschaft dann nutzen muss. Die Stärkung der Steuerkraft der natürlichen Personen durch entsprechende Angebote ist eines der Ziele der Wohnstrategie; der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es dort auch Massnahmen braucht. Zur Frage von Stadtrat Bühlmann bestätigt der Stadtpräsident, dass in Bezug auf die Teuerung die Meinung der Personalverbände eingeholt wurde. Der Gemeinderat wird sich in nächster Zeit um die Frage kümmern, was die Teuerung für das Personal bedeutet. Bezüglich Reallohnverlust war die Stadt Thun in den letzten Jahren immer gut drin und die Mitarbeitenden, die einen Leistungsanstieg erhielten, hatten ohnehin einen Zuwachs. Thun ist ein konkurrenzfähiger Arbeitgeber und will dies auch bleiben. Bezüglich Steuergesetzrevision weist der Stadtpräsident darauf hin, dass in der Finanzpolitik eine Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung der Aktiven und Passiven gemacht wird. Man darf nicht nur berücksichtigen, was verloren geht, sondern muss z.B. auch die Neubewertung der amtlichen Werte miteinbeziehen. Nach der Saldierung würde die Stadt Thun sogar profitieren. Er bittet um Zustimmung zum Budget und um Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans.

Der Stadtratspräsident behandelt das Budget und den Aufgaben und Finanzplan abschnittsweise anhand einer vorgängig allen zugestellten Liste. Es werden keine Bemerkungen angebracht oder Fragen gestellt.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. September 2018, beschliesst einstimmig:

1. Im Jahr 2019 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
 - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.

2. Genehmigung Budget 2019 bestehend aus:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	Fr.	-291'616'000	291'804'000
Ertragsüberschuss	Fr.	188'000	
Allgemeiner Haushalt	Fr.	-271'484'800	271'484'800
Aufwandüberschuss	Fr.		0
Spezialfinanzierung Abwasser	Fr.	-6'705'900	7'239'100
Ertragsüberschuss	Fr.	533'200	
Spezialfinanzierung Abfall	Fr.	-7'287'700	6'474'700
Aufwandüberschuss	Fr.		-813'000
Spezialfinanzierung Feuerwehr	Fr.	-3'249'000	3'557'600
Ertragsüberschuss	Fr.	308'600	
Spezialfinanzierung Parkinggebühren	Fr.	-2'794'700	3'023'800
Ertragsüberschuss	Fr.	229'100	
Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	Fr.	-93'900	24'000
Aufwandüberschuss	Fr.		-69'900

3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

103. Aufgaben- und Finanzplan Legislaturperiode 2019 bis 2022

Kenntnisnahme

Die Diskussionen zum Aufgaben- und Finanzplan wurden im vorangehenden Traktandum Budget 2019 geführt. Es erfolgen keine zusätzlichen Bemerkungen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. September 2018, beschliesst einstimmig:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.

104. Erwerb Mehrfamilienhaus Länggasse 112+114, Thun Gbbl. Nrn. 3341+3343-9

Genehmigung Kaufvertragsentwurf

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO B+L**, rekapituliert, dass das Amt für Stadtliegenschaften nach der Veräusserung eines Teils der Siedlung Neufeld und einer ganzen Siedlung im Lerchenfeld den Auftrag erhielt, Ersatzobjekte zu suchen, um das Manko an Gemeindewohnungen auszugleichen. Nach 13 Jahren ohne Erfolg kann die Stadt Thun heute ein Objekt erwerben, mit dem trotz tiefen Mietpreisen eine vernünftige Rendite erzielt werden kann. Die SAKO B+L hat dem Erwerb der Liegenschaft mit sechs Stimmen, bei einer Abwesenheit und einer Enthaltung, zugestimmt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, stimmt mit seiner Fraktion dem Erwerb des Anlageobjekts ebenfalls zu, da trotz günstigen Mietzinsen eine Rendite erzielt werden kann. Wohnungen mit günstigen Mietzinsen sind in Thun rar, aber wichtig. Der Tiefpreiswohnungsmarkt bietet kaum Objekte, weshalb oft schlechte Wohnungen zu teuren Preisen gemietet werden müssen. Um dieses Problem zu entschärfen macht es umso mehr Sinn, dass die Stadt solche Liegenschaften erwirbt.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, hat mit seiner Fraktion das sehr umfangreiche Dossier zur Kenntnis genommen. Er hat den Eindruck, dass das Amt für Stadtliegenschaften ein gutes Geschäft vorbereitet hat. Durch den Verkauf anderer Liegenschaften werden ca. 73 günstige Wohneinheiten verschwinden. Es ist offensichtlich, dass mit diesem Kauf eine Kompensation stattfinden soll. Zwei Faktoren stehen dem entgegen: Zum einen sind diese Wohnungen allesamt vermietet, was sich so schnell nicht ändern wird. Zweitens wird sich die Wohnsituation für die bestehenden Mieter verändern, da es mit den neuen Bewohnern eine Veränderung der Struktur gibt. Das Wohnungsportfolio der Stadt Thun ist mit 160 Wohneinheiten, die mehrheitlich als Sozialwohnungen vermietet werden, bescheiden. Das im Bericht erwähnte Ziel Nr. 5 ist für die erwähnte Liegenschaft an der Länggasse nicht anwendbar – ausser, man wolle dort mittelfristig bewusst Sozialwohnungen vermieten. Dafür bietet sich diese Liegenschaft aus mehreren Gründen nicht an. Die FDP hat im Rahmen von Vernehmlassungen zum STEK die Aussage gemacht, dass soziale Durchmischung angebracht und wichtig ist, aber besonders für wirtschaftlich leistungsfähige Bevölkerungsgruppen die Attraktivität signifikant zu steigern ist. Zur Umsetzung der Planungen und Visionen muss die ungünstige Steuerkraft verbessert werden. Das Bilden von preisgünstigem Wohnraum ist nicht primär Sache der Stadt Thun, sondern der Privatwirtschaft, jedoch ist das Bilden von guten Rahmenbedingungen eine Aufgabe der Stadt. Er bittet den Gemeinderat, auch in Zukunft bei derartigen Vorlagen die strategischen Auswirkungen klar aufzuzeigen. Beim vorliegenden Geschäft liegen nicht alle Fakten klar auf dem Tisch. Die FDP-Fraktion stimmt dem Kauf deshalb einstimmig nicht zu.

Daniela Huber Notter (BDP) folgt dem Antrag des Gemeinderats. Sie begrüsst es, dass die Stadt Thun mit diesem Geschäft schönen Wohnraum an einmaliger Lage bezahlbar macht.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist sehr erfreut über dieses Geschäft. Er kann sich an keinen Liegenschaftserwerb durch die Stadt während seiner neun Jahre im Stadtparlament erinnern und begrüsst, dass der Gemeinderat beabsichtigt, wieder eine aktivere Wohnraum- und Bodenpolitik zu betreiben. Das vorliegende Geschäft erfüllt die Vorgabe auf Seite 56 des Budgets, dass Liegenschaften

im Finanzvermögen einen Ertrag zwischen drei und fünf Prozent abwerfen sollen. Stadtrat Schori widerspricht dem Votum von Stadtrat Aellig, es gehe um subventioniertes Wohnen – in einem solchen Fall würde die Liegenschaft nämlich keinen Ertrag abwerfen. Stattdessen geht es darum, pragmatisch den Spielraum der Stadt in Bezug auf Boden und Liegenschaften zu erhöhen. Können in Zukunft noch mehr solche Geschäfte getätigt werden, wird dieser Spielraum erhöht. Er hat ein gewisses Verständnis dafür, dass die Freisinnigen das Geschäft ablehnen, da sie die Interessen der Banken vertreten und jene wiederum davon profitieren, wenn der Wohnraum in privater Hand liegt. Hätte die Stadt jedoch mehr solche Liegenschaften im Portfolio, würde sich auch die SP-Fraktion an der Diskussion über eine Steuersenkung beteiligen, da man die Stadt anders finanzieren könnte – nach dem Vorbild der Stadt Bern. Mit dem Geschäft wurde ein guter Grundstein gelegt und die SP-Fraktion stimmt mit grosser Überzeugung zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, begrüsst den Kredit, da die Stadt schon lange den Auftrag hat, den stadt-eigenen Wohnraum wieder aufzustocken. Ein grösserer Bestand an stadt-eigenen Wohnungen bedeutet einen grösseren Spielraum. Es ist klar, dass die Stadt mit den aktuell zur Verfügung stehenden Instrumenten die 50 verkauften Wohnungen nicht wieder aufstocken kann; die zwölf Wohnungen des vorliegenden Geschäfts sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Es muss ein Instrument für die Stadt geschaffen werden, dass sie am Markt agieren und auch kurzfristig Liegenschaften erwerben kann. Dem Gemeinderat müsste hierfür ein Rahmenkredit zur Verfügung stehen. Die 23 wegfallenden Wohnungen auf dem Freistadtareal müsste die Stadt auf dem bestehenden Areal durch Neubauten ersetzen. Da der günstige Wohnraum zunehmend verschwindet, muss die Stadt ihren eigenen aufstocken, damit alle einen ihrem Budget angepassten Wohnraum finden. Die Fraktion Grüne stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, nimmt Bezug auf das Ziel Nr. 5 der Wohnstrategie 2030, das äusserste Zurückhaltung beim Kauf bzw. Bau städtischer Wohnungen fordert – dies ist Sache der Privatwirtschaft. Dass das Objekt eine gewisse Rendite abwirft, ist positiv und die Voraussetzung für ein solches Geschäft. Eine Notwendigkeit zum Kauf besteht jedoch nicht und es fehlt der Plan zur Umsetzung und konkreten Nutzung als Gemeindewohnungen. Die Mietpreise liegen deutlich unter dem Marktwert, was bei Gemeindewohnungen auch die Idee ist. Solange die Wohnungen jedoch privat unter dem Marktwert vermietet werden, können auch finanziell sehr gut gestellte Personen davon profitieren. Wenn die Stadt diese Liegenschaft mit der Idee kauft, günstigen Wohnraum anzubieten, müsste sie überprüfen, ob die aktuellen Mieter das Recht haben, zu diesen Konditionen zu wohnen. Es ist fraglich, ob ein solches Vorgehen rechtlich möglich ist. Bei diesen Mietpreisen ist eine grosse Fluktuation unwahrscheinlich. Es macht den Anschein, die Stadt greife in den Markt ein, um Gewinn zu erzielen, was auch legitim ist. Damit rückt jedoch die Idee von Gemeindewohnungen in den Hintergrund. Eine zeitnahe Umsetzung, die diesen Zweck erfüllt, ist nicht zu erkennen. Bei Projekten wie in der Bostudenzelg kann die Stadt von Beginn an Einfluss nehmen und eine gewisse Anzahl Wohnungen für Familien in schlechteren finanziellen Verhältnissen schaffen. Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag des Gemeinderats ab.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, geht davon aus, dass der skizzierte Ertrag mit der aktuellen Mieterschaft erzielt wird. Das würde bedeuten, dass Mietzinsen und Mieterschaft gleichbleiben müssen. Die FDP-Fraktion bezweifelt, dass dies funktionieren wird. An Stadtrat Schori gerichtet betont er, dass privater Besitz nicht a priori negativ ist, und versichert ihm, keine einzige Bankenaktie zu besitzen, jedoch sehr hohe Zinsen zu bezahlen, wodurch wiederum Arbeitsplätze geschaffen werden.

Gemeinderat Konrad Hädener entgegnet auf das Votum von Stadtrat Schori, dass der Gemeinderat immer versucht hat, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben. Jedoch haben sich sehr wenige Gelegenheiten geboten. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich nicht um subventionierte Wohnungen. Die Aussage von Stadtrat Aellig, die Mieterschaft müsse gleichbleiben, um diese Rendite zu erzielen, ist falsch. Auch bei der Vermittlung von Wohnungen an Klienten der Abteilung Soziales bleibt die Liegenschaft ein Renditeobjekt und es entstehen keine Sozialwohnungen. Er räumt ein, dass die Liegenschaft kein Neubau ist. Die Wohnstrategie und Strategie Stadtentwicklung 2035 beinhalten Stossrichtungen, die für Neubauten sprechen. Der Gemeinderat will jedoch das eine tun und das andere nicht lassen, denn die Strategien äussern in keinem Punkt, dass nur Neubauten entstehen sollten. Ein aktives Engagement am Immobilienmarkt liegt durchaus im Rahmen des Auftrags. Auf die Äusserung von Stadtrat Deriaz, es handle sich nur um eine Finanzanlage, entgegnet Gemeinderat Konrad Hädener, dass Anlagen im Finanzvermögen genau für diesen Zweck getätigt werden. In Zeiten von Negativzinsen gegen einen Lohn

Fremdkapital aufzunehmen und dieses zu 3.6 Prozent Nettoendite anzulegen, ist – selbst unter Ausblendung aller sozialen Aspekte – schlichtweg ein gutes Geschäft. Er weist darauf hin, dass heute mit der Produktgruppe 2.1 (Liegenschaften des Finanzvermögens) auf Seite 56 des Budgetberichts die strategische Zielsetzung des Stadtrats festgelegt wurde, welche die Sicherstellung des Eigenbedarfs an Gemeindewohnungen vorsieht. Der Stadtrat hat durchaus die Freiheit, anlässlich der Zielüberprüfung an den SAKO-Sitzungen im Februar eine Änderung anzumelden, die dann für die Budgetierung 2020 berücksichtigt werden könnte. Es wäre jedoch widersprüchlich, diese Zielsetzung zu verabschieden und noch in der gleichen Sitzung das erste Geschäft zu torpedieren.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe d Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 17. Oktober 2018, beschliesst mit 21 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen:

1. Erwerb der Liegenschaft Länggasse 112+114 (Thun-Gbbl. Nr. 3341), inkl. Anteil Einstellhalle (Thun-Gbbl. Nr. 3343-9) zum Kaufpreis von 4.15 Mio. Franken (zuzüglich ca. 9'000 Franken Verschreibungskosten) als Anlage des Finanzvermögens.
2. Genehmigung des Kaufvertragsentwurfs vom 18. September 2018, Notar Felix Bangerter, Thun, mit der Erbgemeinschaft des Johann Jakob Scheidegger sel.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

105. Arealentwicklung Bostudenzelg Bläuerstrasse, Ideenwettbewerb und Überbauungsordnung

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 500'000 Franken

Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2018

Gemeinderätin Marianne Dumermuth rekapituliert, dass sich die Aktualität des Geschäfts aus dem Verkauf der Parzelle an der Schorenstrasse im vergangenen Jahr an die Frutiger AG und die Bernische Pensionskasse ergibt. Es ist zwingend, das gesamte Areal zusammen zu entwickeln, da die städtische Fläche direkt nördlich angrenzt und allein schwierig zu erschliessen wäre. Für die Stadt ist dies eines der wichtigsten Wohnentwicklungsgebiete mit einer sehr hohen strategischen Bedeutung – gerade für die Umsetzung der Legislaturziele zum Thema Wohnen. Die Eigentümer sind sich einig, dass die bestehende UeO aus dem Jahr 1977 nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine zeitgemässe Siedlungsentwicklung entspricht. Sie haben bereits einen Planungsvertrag abgeschlossen. Mit dem heute zu genehmigenden Brutto-Verpflichtungskredit von 0.5 Mio. Franken wird einerseits der Ideenwettbewerb angestossen und dann eine UeO erstellt. Der Gemeinderat möchte aktiv junge Familien mit Kindern und junge Erwachsene ansprechen. Geplant sind familienunterstützende Dienstleistungen, qualitativ hochwertige, nutzbare Aussenräume und ein innovatives Wohnangebot für ältere Generationen sowie ein Mehrgenerationenwohnen. Wie mehrfach betont, ist die Stiftung WiA - Wohnen im Alter willkommen. Es wird auch auf dem städtischen Land vor allem genossenschaftlichen Wohnungsbau geben, da dessen Anteil mindestens gehalten werden soll. Geplant ist ein Mix aus Eigentums- und Mietwohnungen mit unterschiedlichem Ausbaustandard. Der Gemeinderat strebt für das Quartier eine gute soziale sowie demografische Durchmischung an. Unter dem Strich soll eine dichte Überbauung mit urbanen Qualitäten entstehen. Der anonyme städtebauliche Wettbewerb ist nötig für die Klärung von Fragen zur Dichte, Erschliessung, Lage der Baufelder wegen der Etappierung und der Anbindung an das bestehende Quartier. Auch die Auswirkungen des Verkehrs auf das gesamte Quartier sowie Fragen der Schulraumplanung sind ein Thema. Eine solche Überbauung muss nicht zuletzt einen Mehrwert für die bestehenden Anwohner sowie das Quartier darstellen. Nach dem Wettbewerb wird die UeO erarbeitet, über die der Stadtrat dann frühestens 2020 befindet. Gemeinderätin Marianne Dumermuth bittet den Rat um wohlwollende Aufnahme des Geschäfts.

Markus van Wijk, **SAKO StE**, hat sich eingehend mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Gemeinderätin Marianne Dumermuth konnte die SAKO StE von der Sinnhaftigkeit dieses Kredits überzeugen. Insbesondere gefiel der SAKO die Aussage, dass ein marktgerechtes, diversifiziertes Wohnungsangebot

mit hoher städtebaulicher Qualität geplant ist. Die hälftige Beteiligung der Stadt und der Frutiger AG mit der Bernischen Pensionskasse stellt in Bezug auf Wohnungsangebote eine gewisse Ausgewogenheit dar, ganz im Sinne der Wohnstrategie 2030. Die SAKO StE erklärt sich mit den vier Zielen der Wohnstrategie einverstanden und findet das Vorgehen mit einem anonymen städtebaulichen Wettbewerb zielführend. Anlässlich der Detailberatung wurde der SAKO bestätigt, dass die Ausnutzungsziffer adäquat angehoben werden soll, was der Idee des verdichteten Bauens entspricht. Die SAKO StE empfiehlt einstimmig die Annahme des Geschäfts.

Markus van Wijk, **FDP-Fraktion**, unterstützt das Projekt ebenfalls. Es freut ihn, dass es kompatibel ist mit dem kürzlich von der FDP-Fraktion eingereichten Vorstoss zum Co-Housing. Er hofft, dass im Rahmen der Planung vor allem auch die Aspekte des zusätzlichen Verkehrsaufkommens und die Abhängigkeit zur Schulraumplanung miteinbezogen werden. Der Aspekt der Schulraumplanung in Kombination mit der Überbauung Hoffmann Neopac und allenfalls Rösslimatte wird eine Herausforderung darstellen. Die FDP-Fraktion begrüsst, dass keine Hochhäuser über 30 Meter geplant sind, und stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, unterstreicht das riesige Potential dieser unbebauten Fläche. Sie begrüsst das Vorgehen mit dem Ideenwettbewerb nach SIA, bedauert jedoch, dass junge, innovative Büros dabei oft keine Chance haben. Für ein gutes Ergebnis sind die Qualifikation der Jury und die Begleitung entscheidend. Das Verfahren sagt noch nichts darüber, was am Schluss effektiv gebaut wird, und die Fraktion Grüne möchte kein «Copy-Paste» des Selve-Areals. Sehr wichtig ist, dass die Jurymitglieder nicht zu stark mit den Investoren verbandelt sind, dass die Stadt stark vertreten ist und dass sie ein klares Bild davon hat, was sie will. Die Fraktion Grüne unterstützt die aufgeführten Ziele, vermisst aber die Vorgaben bezüglich Energie. Heute gibt es Siedlungen, die ihren Energiebedarf selbst decken. Deshalb fordert sie von der Minergiestadt Thun ein Vorgehen nach den Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft, und dass sie die vom Bund unterstützten Programme endlich anwenden. Jetzt ist der Moment, anspruchsvoll zu sein, sonst wird später die Quittung vorgelegt. Dank der optimalen ÖV-Verbindung kann mittels Planung unnötiger Mehrverkehr vermieden werden. Die Fraktion fordert die Einhaltung der Vorschriften des Baugesetzes zur Anzahl Parkplätze und eine Unterstützung von öffentlichen Nutzungen, die das Quartier beleben. Für den Aussenraum ist entscheidend, dass in der Jury ein Landschaftsarchitekt Einsitz nimmt. Stadträtin de Meuron wünscht sich, lokale Architekturbüros und Fachleute zu berücksichtigen, da diese auch mit den Bedürfnissen der Region vertraut sind. Die Fraktion Grüne ist überzeugt, dass sich Nachhaltigkeit auszahlt und es sich lohnt, von Anfang an hohe Ansprüche zu stellen. Sie unterstützt den Kredit.

Susanne Gyga, **Fraktion der Mitte**, betont, dass das Wohnprojekt auf innovativer Basis der Fraktion der Mitte sehr entspricht. Sie bittet den Gemeinderat, vor dem Ausschreiben des Wettbewerbs die Rahmenbedingungen klar zu definieren. Sie würde begrüssen, wenn mehr in die Höhe gebaut und mehr Grünfläche sowie Bewegungs- und Begegnungsraum im Freien eingeplant werden würden. Persönlich findet sie genügend Besucherparkplätze in unmittelbarer Nähe der altersgerechten Wohnmöglichkeiten sehr wichtig, da die ältere Generation oft nur noch dank dem Auto mobil ist. Jetzt ist der günstige Augenblick, um die Stiftung WiA - Wohnen im Alter ins Boot zu holen, damit diese sich innovativ einbringen kann. Sie begrüsst schlanke, einfache Prozesse und hofft, dass es bei der Eigentümerschaft der Parzelle nicht vorrangig um Profitoptimierung geht, sondern um die Schaffung von zahlbarem Wohnraum für alle Generationen. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Kredit zu.

Daniela Huber Notter (BDP) begrüsst die gründliche und solide Planung und erklärt sich mit den Ausführungen von Gemeinderätin Marianne Dumermuth absolut einverstanden. Die BDP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist erfreut über den Bericht des Gemeinderats, der ein innovatives Wohnprojekt, Mehrwert für das Quartier, städtebauliche Qualität, ein zweistufiges qualitätssicherndes Verfahren sowie viele Ziele der Wohnstrategie enthält. Die hohe Belegungsdichte klingt zwar gut, ist jedoch nur in dem Bereich der Wohnbaugenossenschaften möglich. Ziel ist nämlich eine hohe Belegungsdichte und nicht einfach viel Wohnfläche pro Bewohner. Da das ganze Quartier durchmisch sein sollte ist es entscheidend, dass die Investoren mitmachen. Die Ziele 6, 8 und 10 der Wohnstrategie sind durchaus gut, doch auch dort stellt sich die Frage, ob die Investoren mitmachen. Er hofft, dass der

Gemeinderat es ernst meint mit der im Bericht oft erwähnten Innovation. Es gibt in Thun zwar viele innovative Unternehmen und zahlreiche Plusenergiebauten, doch gerade in Bezug auf Hochbauten lässt die Innovation zu wünschen übrig, wie die Überbauungen Selve und Rexmax zeigen. Ein Vorbild ist die Gemeinde Schwarzenburg, die beim Bau von Plusenergie-Quartieren von der Hauptstadregion finanziell unterstützt wurde. Auch in Thun wäre ein solches Quartier wünschenswert. Bei der Planung ist bezüglich Innovation wichtig, die zukünftigen Nutzer frühzeitig einzubeziehen. Die SP-Fraktion wird genau beobachten, wie es weitergeht, die Ziele der Wohnstrategie im Auge behalten und wenn nötig den Gemeinderat daran erinnern, dass er innovativ sein will. Sie unterstützt den Kredit und stimmt der Ausführung zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, erinnert daran, dass nicht von einem Projekt, sondern von einem Ideenwettbewerb und einer neu zu bestimmenden UeO die Rede ist. Es handelt sich um ein Arealentwicklungsgeschäft und einen Verpflichtungskredit für den Ideenwettbewerb. Er begrüsst, dass sich die Eigentümer bereits im Vorfeld über das anzustrebende Verfahren und den zugehörigen Kostenteil einigen konnten. Die bestehende UeO von 1977 entspricht – insbesondere bezüglich Ausnützung – nicht mehr den heutigen Anforderungen und eine Überarbeitung ist sinnvoll. Der bestehenden UeO liegt zudem eine komplizierte, heute kaum noch nachvollziehbare Berechnungsgrundlage zugrunde. Er hat sich vom Bauinspektorat die Berechnung erklären lassen. Das dauerhafte Ziel der baulichen Verdichtung kann nur mit einer dichteren Ausnützung von 1,1 bis 1,5 erreicht werden. Mit den im Stadtratsbericht erwähnten Zielen der Stadtentwicklung kann die SVP-Fraktion gut leben. Sie glaubt auch, dass sich das Areal für die vier erwähnten Ziele sehr gut eignet. Insbesondere das Ziel 4 zur Stärkung der Wohnbaugenossenschaften soll hier realisiert werden. Dazu muss die Stadt die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass der Ideenwettbewerb auch bezüglich der möglichen und sinnvollen Ausbaustufen zielführende Resultate bringt. Es wäre falsch, wenn zum gleichen Zeitpunkt mehrere 100 Wohnungen auf den Markt kämen. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass es sich um einen Kredit nach dem Bruttoprinzip handelt, der aber paritätisch je zur Hälfte durch die Eigentümer getragen wird. Die SVP-Fraktion genehmigt den Verpflichtungskredit und folgt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt dem Stadtrat für die wichtigen Hinweise und Überlegungen. Unter dem Wort „innovativ“ stellen sich nicht alle das Gleiche vor. Sie versteht darunter eine Nachhaltigkeit, die sich allen Kriterien widmet: der Umwelt, dem Sozialen und der Wirtschaftlichkeit. Sie bittet den Rat, sich ebenso ausführliche Gedanken zu den anderen Aspekten zu machen. Die Stadt Thun hat im Energie-Rating gerade den dritten Rang unter den Berner Gemeinden erhalten. Zuerst wird unter Mitwirken aller Parteien ein Wettbewerbsprogramm erstellt, das auch die Zusammensetzung der Jury regelt. Wichtig ist, dass in der Jury Leute mit Erfahrung mit solchen Prozessen Einsitz nehmen. Die geäußerten Bedenken sollten nicht eintreffen, da die Stadt bei einer solchen Überbauung auch sehr viel Verantwortung hat. Wegen der Grösse des Projekts ist der Erfahrungswert der Architekturbüros ein entscheidendes Kriterium und es hat sich gezeigt, dass die Stadt wegen der Ideenvarianz die Freiheit haben muss, Büros aus der ganzen Schweiz oder sogar aus dem Ausland in Betracht zu ziehen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 17. Oktober 2018, beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 500'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5612.5290.015 (Bilanzkonto 14290.10.01) für externe Leistungen für die Durchführung des Ideenwettbewerbs und die Erarbeitung der Überbauungsordnung Bostudenzelg Bläuerstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

106. Postulat P 20/2018 (dringlich) betreffend Attraktivierung der Innenstadt

Fraktion Grüne, FDP, SP und Mitunterzeichnende vom 20. September 2018; dringliche Beantwortung (mündliche Beantwortung gemäss Artikel 41 Absatz 3 Geschäftsreglement Stadtrat; Antrag: Annahme)

Gemeinderat Konrad Hädener bestätigt zur Frage 1 nach den flankierenden Massnahmen, dass seit Montag, 12. November 2018 eine echte Fussgängerzone in Betrieb ist. Die Grundlage dafür ist ein allgemeines Fahrverbot mit einfachen, einheitlichen und klar signalisierten Ausnahmebestimmungen, die jeden unnötigen Durchgangsverkehr ausschliessen. Deshalb braucht es momentan keine weiteren Signalisationen oder baulichen Massnahmen, sondern den Vollzug, der mit Augenmass angegangen werden soll. In der Einführungsphase will der Gemeinderat auf Information und Sensibilisierung setzen, und erst danach auf Sanktionierung. Sich aufdrängende Korrekturen werden im ersten Jahr möglich sein – jedoch sollte dies nach nur vier Tagen noch nicht nötig sein. Zur Frage 2 betreffend den einfachen Bezug von Bewilligungen und Parkkarten für definierte Benutzergruppen über Apps bzw. das Internet erklärt er, dass für die Ausgabe von Bewilligungen weiterhin das Polizeiinspektorat zuständig ist. Für Anwohner gibt es eine Zufahrtbewilligung (keine Parkbewilligung), für Handwerker weiterhin eine Handwerkerparkkarte. Die betroffenen Patienten brauchen während der Praxisöffnungszeiten keine Ausnahmebewilligung mehr. Im Moment läuft an der Industriestrasse ein Testbetrieb für die App *parkingpay.ch*, die bargeldlos Zahlen von Parkgebühren, den kostenlosen Bezug einer Chipkarte und das bargeldlose Ein- und Ausfahren in alle Parkhäuser der Parkhaus Thun AG ermöglicht. Auch könnte man über die App Zufahrtbewilligungen beantragen und vergeben. Der Entscheid über eine flächendeckende Einführung ist noch nicht gefällt, doch die Testphase bewährt sich soweit. Frage 3 thematisiert die Umnutzung der Parkplätze auf dem Stadthofplatz. Zwei Behindertenparkplätze werden aus dem Bälliz an den Stadthofplatz verschoben. Die Blockierung dieser Kurzzeitparkplätze durch Handwerker ist nicht zu befürchten, da diese eine Handwerkerparkkarte haben und direkt am Einsatzort sein wollen. Für eine in Frage 4 angesprochene Signalisation zur Anzahl verfügbarer Kurzzeitparkplätze beim Krebsler-Haus besteht keine Absicht, da dies kontraproduktiv wäre. Nicht ortskundige Verkehrsteilnehmer sollen nicht auf die Kurzzeitparkplätze im Bälliz hingewiesen werden. Die ortskundigen Autofahrer hingegen werden eher warten, bis ein Parkplatz frei wird, und sich nicht an einer Tafel orientieren. Bei Frage 5 ist auf das seit zehn Tagen bestehende, neue Parkleitsystem hinzuweisen. Die Parkhaus Thun AG hat mit der Eröffnung des Schlossberg-Parkings sehr effektiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und die Leute auf den Zugang durch die Obere Hauptgasse aufmerksam gemacht. Paradoxe Weise hat die Fraktion, die solche Massnahmen fordert, den Anlass boykottiert. Zur Frage 6 betont Gemeinderat Konrad Hädener, dass die verkehrsleitende Wirkung primär über das Parkleitsystem abgewickelt werden soll, nicht über Tarife. Denn wichtiger als diese sind die Lage der Parkieranlagen und der Parkierkomfort. Die neueren Parkhäuser am Bahnhof und im Schlossberg rechtfertigen unter Umständen höhere Preise als in den alten Parkhäusern, wobei die Parkhaus Thun AG aktuell keine Absichten hat, etwas an ihrer Tarifstruktur zu ändern.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, entgegnet, dass sie an die Eröffnung gekommen wäre, wenn sie nicht schon lange Tickets für ein Konzert gekauft hätte. Bezüglich des Durchgangsverkehrs hat sie nicht die gleiche Beobachtung gemacht wie der Gemeinderat und wiederholt erlebt, dass Autos ins Bälliz fahren und – weil alle Parkplätze besetzt sind – warten oder weiterfahren. Ihre Befürchtung bewahrheitet sich somit bereits nach wenigen Tagen. Sie versteht nicht, warum die Leute nicht informiert werden. Es ist richtig, nicht gleich Bussen zu verteilen, doch es kann nicht sein, dass sich die jetzige Lösung wieder als eine Aufgabe von Polizei und Ordnungsdiensten entpuppt. Die noch kommende Gestaltung muss mehr Klarheit für Autofahrer schaffen. Stadträtin de Meuron freut sich, dass bereits eine App getestet wird. An einer Fachtagung zum Thema Mobilität wurde eine App vorgestellt, die erlaubt, Parktarife an Benutzergruppen anzupassen. Sie hofft, dass ein solches System rasch auf dem ganzen Gemeindegebiet zur Umsetzung kommt. Sie kann verstehen, wenn man das Gefühl hat, die Signalisation der Kurzzeitparkplätze sei kontraproduktiv. Andererseits warten viele Leute lieber, statt in ein Parkhaus zu gehen. Das Problem liesse sich mit der Abschaffung von Kurzzeitparkplätzen lösen. Schliesslich sind die Grünen der Ansicht, dass die Kommunikation ein öffentliches Interesse und eine Daueraufgabe ist. Es wäre deshalb wichtig, die Gehdistanz von den Parkplätzen bis in die Innenstadt zu kommunizieren und aufzuzeigen, dass man vom Schlossberg-Parkhaus aus ziemlich sicher schneller die Innenstadt erreicht, als wenn man auf dem Stadthofplatz parkiert. Betreffend die Parktarife ist Stadträtin de Meuron überzeugt, dass die Lage zwar wichtig ist, aber primär die Preise lenken. Dass die Autofahrer das günstigere Parkhaus aufsuchen, ist unbestritten, und deshalb ist es wichtig, den Parkhausring auch preislich attraktiv zu gestalten. Es freut die Fraktion Grüne sehr, dass der Gemeinderat die Annahme des Postulats empfiehlt.

Daniela Huber Notter (BDP) hat sich gewundert, wie flüssig der Autoverkehr immer noch durch das untere Bälliz rollt. Das grosse, durchkreuzte allgemeine Fahrverbot animiert die Autofahrer direkt dazu, von der Freienhofgasse aus Richtung Kuhbrücke zu fahren. Sie versteht, dass die Polizei nicht bereits in den ersten Tagen grosszügig Bussen verteilen will, doch vielleicht wäre es dennoch vonnöten. Die Signalisation müsste verbessert werden, z.B. durch ein Linksabbiegeverbot ins untere Bälliz.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, kann nicht nachvollziehen, dass man nach nur vier Tagen wegen eines durchfahrenden Autos die Signalisation schon wieder ändern will. Er ruft dazu auf, der neuen Regelung etwas Zeit zu geben. Die Attraktivierung der Innenstadt geht für seine Fraktion weiter, als ständig auf Fragen rund ums Parkieren herumzureiten. Sie haben an der letzten Sitzung eine Vielzahl von Vorschlägen eingereicht, die von der Mehrheit des Rats verworfen wurden. Offenbar kommt es darauf an, aus welcher politischen Ecke die Ideen kommen. Wenn er an diese Debatte zurückdenkt und das vorliegende Postulat betrachtet, gäbe es mehr als einen Anlass, über eine punktweise Abstimmung nachzudenken oder eine solche zu beantragen. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats, würde jedoch eine Abschreibung unterstützen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, beobachtet, dass die lang erwartete Revolution nun Tatsache geworden ist, seit das Schlossberg-Parking eröffnet wurde, die Beschilderung angebracht wurde und die Fussgängerzone in der Innenstadt Realität ist. Er stimmt Stadtrat Schertenleib zu, dass es Zeit braucht. Auch hinsichtlich der Tatsache, dass es *Law and Order* braucht – im heutigen Sinne via Portemonnaie – ist er mit der SVP-Fraktion einig. Bald werden sich alle Bürger an das neue Regime gewöhnen. Die Attraktivität der Thuner Innenstadt hängt nicht von einzelnen Parkplätzen ab. Wie im Fussball ist es jedoch wichtig, das Ganze im Auge zu behalten. Damit man weiter an dem Thema dranbleibt, hat die SP heute einen als dringlich zu befindenden Vorstoss eingereicht. Eine attraktive Innenstadt ist ein allgemeines Anliegen und es gilt, gemeinsam daran zu arbeiten, sie punktuell noch attraktiver zu machen. Die SP-Fraktion würde am einen oder anderen Ort Poller einsetzen, die sich für berechnete Zufahrten über eine App steuern liessen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, freut sich, dass die Innenstadt zunehmend autofreier wird. Es ist entscheidend, den Prozess zu beobachten und laufend zu optimieren. Bei genauem Hinschauen geht es nur noch darum, die nötige Zeit einzuräumen und bei Bedarf die Regelungen zu revidieren. Die Fraktion der Mitte freut sich, dass die ersten Schritte gemacht sind.

Gemeinderat Konrad Hädener nimmt zu seiner Aussage Stellung, der Ausschluss des Durchgangsverkehrs sei mit dieser Regelung erfolgt. Er meinte natürlich, wenn man sich an diese Regelung halte. Es ist ihm auch bewusst, dass immer noch Autos ins Bälliz fahren. Doch die neue Regelung ist erst vier Tage in Kraft und jetzt kommt auch die Information, Flugblätter sind gedruckt und die Erfahrungen der ersten Tage geben Anhaltspunkte darüber, wo man ansetzen will. Es wäre blauäugig zu denken, dass sich Kontrolle und Sanktionierung je erübrigen würden. Seine Aussage zum Thema Tarifgestaltung im Zusammenhang mit der Prioritätensetzung der Kunden war nicht komplett unfundiert. Es gab eine stichprobenartige Befragung. Die Befragten sagten fast ausnahmslos, dass sie lieber dort parkieren, wo man schräg auf die Plätze einfahren kann. Wenn es nur auf den Preis ankäme, müsste das Parkhaus im Hauptpostgebäude am Bahnhof immer voll sein, was jedoch wegen der realen Gefahr, mit abgeändertem Auto wieder heraus zu kommen, nicht der Fall ist.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

107. Interpellation I 15/2018 (dringlich) betreffend Post verlagert von der Schiene auf die Strasse

Fraktion Grüne vom 20. September 2018; dringliche Beantwortung

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, ist teilweise befriedigt und wünscht keine Diskussion.

Sitzungsunterbruch von 19:20 bis 19:35 Uhr.

108. Postulat P 11/2018 betreffend lärmreduzierende Strassenbeläge (Flüsterbeläge) innerorts

Fraktion der Mitte vom 7. Juni 2018; Beantwortung

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme ihres Anliegens. Sie wurde beim Fahrradfahren in Fribourg auf die frappante Wirkung von Flüsterbelag aufmerksam, wo für Sanierungen flächendeckend Flüsterbelag verwendet wird. Laut dem Bundesamt für Umwelt ist fast jeder siebte Einwohner der Schweiz von Lärm über den gesetzlichen Grenzwerten betroffen, wobei die mit Abstand grösste Belastung vom Strassenverkehr kommt. 90 Prozent der Betroffenen leben in Städten und Agglomerationen. Akustisch optimierte Strassenbeläge bieten ein grosses Potential zur Reduktion von Strassenlärm und der semi-dichte Asphalt 4 erzielt bereits eine gute langfristige Wirkung. Sie begrüsst sehr, dass die Stadt Thun in Zukunft eine repräsentative Strassenstrecke mit lärmarmem Asphalt sanieren will. Der Zeithorizont bis zum Vorliegen der Testergebnisse ist länger als fünf Jahre. Stadträtin Schneiter erwartet, dass der Gemeinderat aktiv über die Testergebnisse und die Auswertung der Lärmemissionen und der Dauer der Werterhaltung des Flüsterbelags informiert, damit das Anliegen wieder aufgenommen werden kann. Die Fraktion der Mitte hofft auf Überweisung des Postulats und lädt den Rat ein, den Belag in der Stadt Fribourg zu besichtigen.

Claude Schlapbach, **FDP-Fraktion**, macht darauf aufmerksam, dass das Rollgeräusch erst ab 30 km/h lauter wird als der Motor, weshalb ein Flüsterbelag in Tempo 30-Zonen keinen Sinn macht. Es liegen genügend Studien vor und es ist unbestritten, dass der Flüsterbelag wirkt. Die FDP-Fraktion ruft zum „einfach T(h)un“ auf und stimmt der Annahme und der Abschreibung zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, ist erfreut über den Einsatz von Flüsterbelag auf einer Teststrecke. Er findet eine repräsentative Strecke jedoch zu wenig. Beim Bund liegen bereits Erfahrungswerte über fünf Jahre und länger und sogenannte Best Practice-Empfehlungen vor. Die Stadt sollte auf ihren Strassen vorangehen, denn die Anwohner sind in der Stadt vom Lärm betroffen, nicht ausserorts. Die Stadt kann sich auf die Forschung und Empfehlungen von nationaler Seite verlassen. Die Fraktion Grüne ist einstimmig für die Annahme.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, erinnert an die Aussage des Gemeinderats, die Stadt verfüge nicht über die nötigen Ressourcen, um technische Vorgaben selber zu erarbeiten. Zu den verschiedenen Arten von Flüsterbelag liegen beim Bundesamt für Umwelt Testergebnisse vor. Ein Flüsterbelag ist sinnvoll bei einer nachts stark befahrenen Strasse innerorts, bei der keine Temporeduktion möglich ist. Tagsüber bringt eine Reduktion des Lärms wenig. Neuer Flüsterbelag weist eine Reduktion von 5 Dezibel auf. Die Frage ist jedoch, wie lange dieser Belag flüstert; mit zunehmender Alterung nimmt der Effekt nämlich ab und eine Sanierung ist viel schneller nötig und damit auch viel teurer als bei normalem Belag. Er erinnert an die Elektroautos, die man jetzt künstlich lauter macht, weil man sie sonst nicht hört. Die Aufgabe der Stadt ist es, mit gesundem Menschenverstand voranzugehen und nicht Geld in den Sand zu setzen. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats mit der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung.

Martin von Allmen, **SP-Fraktion**, betont, dass die Stadt Thun das Rad nicht neu erfinden muss und von den zahlreichen vorliegenden Testergebnissen profitieren kann. Die SP-Fraktion ist mit der Annahme des Antrags und der gleichzeitigen Abschreibung einverstanden.

Gemeinderat Konrad Hädener bezieht sich auf die Aufforderung von Stadtrat Schlapbach zum „einfach T(h)un“. Mit den schweizweit vorliegenden Versuchen macht es wenig Sinn, diese zu wiederholen und die gleichen Erfahrungen zu machen. Diesbezüglich ist die Initiative des Kantons zur Koordination durchaus sinnvoll. So kann man gesamthaft die Investitionen reduzieren und hat Erfahrungen, die man nutzen kann. Er weist darauf hin, dass das obligatorische Lärmschutzprogramm unter dem Paradigma „Massnahmen am Objekt“ praktisch abgeschlossen ist. Erst jetzt kommt der Paradigmenwechsel zu „Massnahmen an der Quelle“, wo auch der Flüsterbelag dazugehört. Thun hat eine andere Ausgangslage als andere Gemeinden: Im Pflichtprogramm muss nicht mehr mit Flüsterbelag operiert werden, doch es gibt noch einzelne Massnahmen, die nicht komplett umgesetzt sind, z.B. an der Schulstrasse, die sich anbietet. An Stadtrat Weber gerichtet betont er, dass man Strassen mit einem Lebenszyklus von 30

Jahren baut und fünf Jahre in diesem Zusammenhang keine genügend lange Zeit sind, um von vollständigen Erfahrungswerten sprechen zu können.

Verena Schneider, **Fraktion der Mitte**, ist erfreut über die positive Aufnahme des Postulats und dankt dem Rat für seine Unterstützung.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und abgeschrieben.

109. Postulat P 13/2018 betreffend temporäre Verschiebung der Bushaltestelle Linie 1 Steffisburg bei der STI-Verkaufsstelle an geeigneteren Standort

Fraktion Grüne vom 7. Juni 2018; Beantwortung

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung, ist aber nicht ganz einverstanden damit. Es werden Sicherheitsüberlegungen gegen die Verlegung der Bushaltestelle vorgebracht, welche jedoch genauso gut auf die jetzige Position zutreffen. Das Argument der zahlreichen Schiffspassagiere ist verständlich, doch es müssen an der jetzigen Stelle Tausende von Leuten täglich um den Bus herumgehen. Dieser Tatsache sollte man auch Gewicht verleihen. An der einspurigen Zufahrt mit Mittelinsel, wo der Bus nur kurz anhalten kann, sieht er nichts Negatives; in anderen Städten können Busse am Bahnhof auch nur kurz anhalten. Zur eingeschränkten Sicht beim Othmar-Schöck-Weg erinnert er daran, dass dort gerademal drei Anwohnerparteien, die Pontoniere und die STI-Busse reinfahren. Er wirft die Frage auf, warum der Bus nicht genau vor der Einfahrt hält. Den Bahnhofparkplatz im Rahmen des ESP Thun-Bahnhof anzuschauen, ist zu befürworten, das wird jedoch noch lange dauern. Einen Versuch zu starten, kostet nichts. Beim Kreisel im Lerchenfeld hat die Stadt bewiesen, dass sie schnell reagieren und Sachen ausprobieren kann. Die Fraktion Grüne begrüsst die Annahme, ist jedoch gegen die gleichzeitige Abschreibung.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, findet die Situation am Bahnhof alles andere als optimal. Umso erfreulich ist, dass das Konzept trotz allem recht gut funktioniert. Sie befürchtet, dass man sich wegen der äusserst komplexen Situation, dem Interessenskonflikt und dem beschränkten Platz mit einem Kompromiss begnügen muss. Die Buspassagiere hinter dem Bus durchzuführen, macht im Hinblick auf die Verkehrssicherheit Sinn. Auch braucht es einen Ort, um Verspätungen auszugleichen, der sich in der Nähe einer gewissen Infrastruktur befindet. Ob eine Schutzinsel für die Fussgänger zielführend ist, muss geprüft werden und erfordert eine ausgiebige Diskussion mit allen Nutzergruppen. Die Diskussion zu dem Thema ist noch nicht beendet und man muss weiterhin nach einer besseren Lösung suchen. Bis dahin ist wichtig, dass die Busfahrer für die höchstmögliche Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer an der richtigen Stelle anhalten. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es nicht ab.

Daniela Huber Notter (BDP) ist sich bewusst, dass der Bahnhofplatz den heutigen Anforderungen nicht gerecht werden kann. Es ist eine Meisterleistung, dass die Buschauffere die Übersicht behalten. Fussgänger und Velofahrer sind gefordert, den Bahnhofplatz aufmerksam zu queren. Die BDP befürwortet keine Provisorien und findet es wichtig, den Bahnhofplatz im Rahmen des ESP und des Gesamtkonzepts neu zu gestalten. Die BDP folgt dem Gemeinderat.

Susanna Ernst-Reusser, **FDP-Fraktion**, hat Verständnis für das Anliegen, v.a. weil sie eine Verbesserung für die Fussgänger möchte. Der Gemeinderat hat jedoch festgestellt, dass alle möglichen Varianten rund um den Bahnhof eher zu einer Verschlechterung für die Fussgänger führen würden. Dies möchte die FDP-Fraktion nicht. Deshalb dankt sie dem Gemeinderat für die Analyse, nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es ab.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, betont, dass das Problem nur im Rahmen des ESP Thun-Bahnhof lösbar ist. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass die Haltestelle jetzt am richtigen Ort ist. Wenn die Buschauffeure präzise anhalten, werden die Fussgänger am richtigen Ort über die Strasse geleitet. Eine Verlegung der Haltestelle bringt aus seiner Sicht keine Verbesserung. Die Fraktion der Mitte nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Gemeinderat Konrad Hädener hält der Fraktion Grüne zugute, dass sie ein Problem aufnimmt, das viele betrifft. Aus Sicht des Gemeinderats ist die Lösung jedoch einfacher als eine Verlegung: Wenn Chauffeure am richtigen Ort halten, haben die Fussgänger hinter dem Bus genug Platz. Im Rahmen des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes hat die Stadt die Aufgabe, die visuell-taktilen Linien am Bahnhof zu erneuern. Diese sind so angebracht, dass sie direkt zum Vordereingang der Linie 1-Busse und zum Verkaufsgebäude führen, und fordern von den Chauffeuren präzises Halten. Heute halten diese zu einem guten Teil nicht am richtigen Ort, weil sie auf ihre Kolleginnen und Kollegen Rücksicht nehmen, die in Karawanen von den Terminals aus auf die Bahnhofstrasse ausschwenken, knapp vor der Front der Linie 1 hindurch. Im Verwaltungsrat der STI wurde dies mehrfach diskutiert und man arbeitet an einer Lösung.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und mit 21 zu 12 Stimmen abgeschrieben.

110. Postulat P 14/2018 betreffend STI-Standort am richtigen Platz

Fraktion Grüne vom 7. Juni 2018; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth räumt ein, dass die Standortevaluation der STI-Werkstatt schon länger dauert. Dass der heutige Standort zu klein ist und nicht mehr den heutigen Anforderungen genügt, leuchtet allen ein. Trotzdem war die gemeinsame Suche von STI und Stadt bisher nicht erfolgreich. Der Gemeinderat hat eine Übersicht gegeben über die denkbaren Standorte und die Gründe, weshalb sie bisher nicht realisiert wurden. Sie betont, dass die Stadt selbst nicht über ein genügend grosses Grundstück am richtigen Ort verfügt. Dem Sportcluster Thun-Süd wurde erste Priorität verliehen, weshalb sich alles auf die Weststrasse-Süd fokussiert. Der Gemeinderat wird im STEK ergänzen, dass die Weststrasse-Süd aus Sicht von Stadt und STI der idealste verbleibende Standort ist.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, freut sich über die positive Aufnahme des Anliegens. Aus der Antwort wird deutlich, dass sich die Standortsuche nicht einfach gestaltet. Die Fraktion hat den Vorstoss hauptsächlich eingereicht, weil ihnen eine Kombination mit einer anderen Nutzung sehr bedeutend erscheint. Auch ist eine verkehrstechnisch gute Lage des neuen Standorts wichtig, da die vorwiegend morgendlichen und abendlichen Fahrten nicht durch ein Wohnquartier geschleust werden sollten. Ideal wäre ein Standort im ESP Thun-Nord und es ist sehr bedauerlich, dass die Grundeigentümer RUAG und armasuisse wenig kooperativ sind. Die Fraktion Grüne würde diesbezüglich einen gewissen Druck durch den Gemeinderat begrüssen. Die Kalkbreite Zürich oder die Bushalle der Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland in Kombination mit einem Schulhaus in Wetzikon sind gute Beispiele für gemischte Nutzungen ohne Beeinträchtigung der Sicherheit. Stadträtin de Meuron regt dazu an, kreativ zu denken und verschiedene Nutzungskombinationen wie mit Sportnutzung oder Schulraum in Betracht zu ziehen, und bittet um Überweisung des Postulats.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, akzeptiert die Haltung des Gemeinderats, dass die STI auf der Suche nach einem geeigneten Standort unterstützt werden muss. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die vorgeschlagenen Standorte Thun-Nord oder Weststrasse-Süd mehr als nur planerische Gedankenspiele sind. Da das Areal an der Weststrasse noch eingezont werden müsste, wäre es mit einer konkreten Nutzungspartnerschaft vermutlich einfacher, an einer Volksabstimmung zu bestehen. Mehr Mühe haben sie mit dem Vorstoss per se, sind doch die Anliegen der STI in der Stadtverwaltung längst bekannt. Noch mehr Mühe hätten sie, wenn Teile des Sportclusters durch die STI belegt würden. Die Kalkbreite ist ein schlechtes Beispiel, weil Thun nicht Zürich ist. Die SVP-Fraktion ist jedoch offen und optimistisch, dass es dem Gemeinderat zusammen mit der STI gelingen wird, einen passenden neuen Betriebsstandort zu finden. Sie nimmt das Postulat an.

Susanna Ernst-Reusser, **FDP-Fraktion**, ist überzeugt, dass der Gemeinderat die STI auch bei der weiteren Standortsuche unterstützen wird. Die Idee der Postulanten, in Thun-Süd auf Bürgerland ein Projekt wie die Kalkbreite zu lancieren, ist zwar gut, aber nicht umsetzbar. Mit dem Standortentscheid Kunsteisbahn wurde ein Teil eines solchen Projekts bereits versenkt. Sie fragt sich, ob man sich bewusst ist, dass es z.B. für Blaulichtorganisationen Vorschriften gibt. Bei den freien Landreserven handelt es sich um Land der Burgergemeinde, welche man bei einer solchen Realisierung auch mit ins Boot holen müsste. Sie geht davon aus, dass dem Gemeinderat bewusst ist, dass mittel- bzw. langfristig eine Lösung gefunden werden muss, und dass er der STI weiter zur Seite stehen wird. Die FDP-Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist zuversichtlich, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist. Er zeigt, dass es ihm ernst ist und er die STI unterstützt, indem er die möglichen Standorte ins STEK aufgenommen hat. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat an.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, gibt die Zustimmung seiner Fraktion zum Postulat bekannt. Die STI hat zahlreiche Standorte geprüft und auch gute Standorte abgelehnt. Er ist jedoch optimistisch, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision ein Standort evaluiert wird, der für die STI stimmt.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

111. Fragestunde F 18/2018 betreffend Attraktivierung der Innenstadt

Fraktion Grüne vom 23. Oktober 2018; Beantwortung

Die Frage F 18/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

112. Fragestunde F 19/2018 betreffend Parkhaus Schlossberg

Fraktionen SVP und FDP vom 13. November 2018; Beantwortung

Die Frage F 19/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

113. Fragestunde F 20/2018 betreffend Aufhebung der Parkplätze

Andrea de Meuron (Grüne) vom 13. November 2018; Beantwortung

Die Frage F 20/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

114. Fragestunde F 21/2018 betreffend Postulat (umgewandelte M1/2017) über Spezialkommission Verkehr

Roman Gugger (Grüne) vom 13. November 2018; Beantwortung

Die Frage F 21/2018 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

115. Postulat P 27/2018 für ein Legislaturziel „Attraktivierung der Thuner Innenstadt“

Fraktionen SP, Grüne, Mitte und BDP vom 15. November 2018; Dringlichkeit

Franz Schori, **SP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit mit dem kleinen Zeitfenster für Vorstösse zu den Legislaturzielen.

Der Stadtpräsident präzisiert, dass der Gemeinderat dem Stadtrat die Legislaturziele bis im Juni vorlegt, weshalb sich über die Dringlichkeit streiten lässt. Die Türen sind für den Vorstoss jedoch so weit offen, dass der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss auf der Stelle anzunehmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist positiv über das Tempo des Gemeinderats überrascht und kann sich nicht vorstellen, dass sich jemand dessen Antrag entzieht.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird nach der mündlichen Begründung durch den Stadtpräsidenten einstimmig als erheblich erklärt.

Eingänge

- M3/2018 Motion betreffend mehr Mitsprache- und Rechenschaftsrechte für das städtische Parlament; Fraktion der Mitte, Fraktion SVP, Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018
- P27/2018 Postulat für ein Legislaturziel „Attraktivierung der Thuner Innenstadt“; Fraktionen SP, Grüne, Mitte und BDP vom 15. November 2018; Dringlichkeit
- P28/2018 Postulat Generationenhaus für Thun; Fraktion Grüne vom 14. November 2018
- P29/2018 Postulat: Aufenthaltsqualität in der Thuner Innenstadt erhöhen – für stilvolle bauliche, technische und dekorative Massnahmen im Thuner Bälliz und der Hauptgasse!; Fraktionen SVP und FDP vom 15. November 2018
- P30/2018 Postulat: Erarbeiten eines Jugendleitbildes; Alice Kropf, SP; Reto Kestenholz, Grüne; Jonas Baumann, EVP; Fraktion der Mitte, Daniela Huber Notter, BDP und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018
- P31/2018 Postulat: Freier Eintritt ins Flussbad Schwäbis; Alice Kropf, SP; Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 15. November 2018
- I21/2018 Interpellation zur Nutzung des Thuner „Küru“ (Casino Thun); SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 12. November 2018

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert den Rat, dass die nächste Sitzung vom Freitag, 14. Dezember 2018 aufgrund der zahlreichen Geschäfte und wegen dem anschliessenden Stadtrats-Schlussabend bereits um 16:45 Uhr beginnt.

Der Stadtratspräsident



Andreas Kübli

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder